

Ercheint
wöchentlich dreimal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonabend, morgens.

Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M. 50 Pf.,
bei der Post einzchl. Bestell-
geld 1 M. 75 Pf.



Osthavelländisches Kreisblatt.

Inserate werden Montag, Mittwoch und Freitag vormittags bis 9 Uhr angenommen. Preis pro 4 gefaltete Zeilen oder deren Raum 20 Pf., für Kreiszeile 15 Pf. Kleinere pro Zeile 30 Pf.

Nr. 19.

Nauen, Donnerstag den 12. Februar 1891.

43. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Verzeichnis der Kreis-Forenfen.

Nauen, den 10. Februar 1891.

Die Magistrats-Guts- und Gemeinde-Vorstände des hiesigen Kreises ersuche ich, ein Verzeichnis derjenigen Personen, welche, ohne im Kreise einen Wohnsitz zu haben (Forenfen), innerhalb des betreffenden Stadt-, Guts- oder Gemeindebezirks

Grundbesitz oder Gebäude besitzen, oder ein stehendes Gewerbe betreiben, nach dem unten abgedruckten Schema aufzustellen und mir bestimmt innerhalb dreier Wochen einzureichen, oder in dieser Zeit Vacanzanzeige zu erstatten.

Namens des Kreis-Ausschusses:

Der Landrath
Steinmeister.

Nachweisung

der Forenfen des Bezirks

Der Forenfen			Besitz im Stadt- u. Bezirk.			Das Jahreseinkommen ist anzunehmen auf Mark
Name	Stand	Wohnort, Straße und Haus-Nr.	a. Gebäude	b. Grundstücke	c. welches Gewerbe und in welchem Umfange wird betrieben	
			Zahl	Steuer M.	ha. Steuer M.	

Nauen, den 3. Februar 1891.

Ich habe dem Herrn Regierungs-Präsidenten über die neuen Unternehmungen, deren Förderung durch Gewährung von Beihilfen aus dem Fond zur Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Regulierungen gewünscht wird, alljährlich Bericht zu erstatten.

Die Magistrats-, Guts- und Gemeinde-Vorstände ersuche ich, mir über in ihren Communalbezirken etwa in Aussicht genommene Unternehmungen der vorgedachten Art bis spätestens zum 1. Februar des Jahres, in welchem die Beihilfe erbeten werden soll, Bericht zu erstatten.

Wegen etwaiger im Laufe des Geschäftsjahres 1891/92 zu erbitender Beihilfen erwerbe ich Berichterstattung bis zum 20. d. Mts.

Der Landrath
Steinmeister.

Nauen, den 9. Februar 1891.

Die Influenza - Brustseuche - unter den Remonten des zum königlichen Remonte-Depot Bärenklau gehörigen Vorwerks Behlefang ist erloschen.

Der Landrath
Steinmeister.

Wichtigster Teil.

Tagesübersicht.

Deutschland. Sr. Majestät der Kaiser wohnte am Montag Abend bei mit großem Beifall aufgenommenen ersten Darbietung von Wildenbrunn. Der neue Herr im Berliner Schauspielhaus bei. Der Dichter des Stückes, welches den Regierungsantritt des Großen Kurfürsten behandelt, erhielt den Roten Adlerorden 4. Klasse. Am Dienstag Abend fand im Berliner Schloß der übliche große Festnachtsball statt, zu welchem gegen 2000 Einladungen ergangen waren. Am Donnerstag entspricht der Kaiser einer Einladung des französischen Botschafters in Berlin zur Tafel.

— **Deutscher Reichstag.** Die Dienstags-Sitzung erreichte wegen Beschluß-Unfähigkeit des Hauses ein vorzeitiges Ende. Der Nachtragsetat wegen Errichtung einer deutschen Vertretung in Lugemburg wurde in erster und zweiter Lesung debattiert, ebenso nach kurzer Erörterung der Etat der Zölle mit 314 Millionen Mark. Es folgte die Beratung der Tabaksteuer (70 1/2 Millionen Mark). Abg. Menzer (Konser.) beantragt im Hinblick auf die mißliche Lage der kleinen Tabakbauern eine Erhöhung des Tabakzollses von 85 auf 125 Mark und eine Herabsetzung der einheimischen Tabaksteuer von 45 bis 24 Mark. Abg. Höffel (Elf.) befürwortet den Antrag und schildert die Lage der kleinen osthavelländischen Tabakbauern als eine sehr trübliche. Abg. Förster (Soz.) bekämpft den Antrag, weil derselbe nur den Konsum beeinträchtigen würde. Abg. v. Winterfeld (freis.) ist im Interesse der kleinen Tabakbauern für den Antrag. Staatssekretär v. Malzahn erklärt, daß die verbündeten Regierungen den Antrag genau prüfen würden, wenn derselbe angenommen werden sollte. Abg. Scipio (natlib.), Barth (freis.) sind gegen die Zoll-erhöhung. Die Zollerhöhung wird sodann abgelehnt. Die Abstimmung über die zweite Forderung des Antrages, Ermäßigung der Tabaksteuer, ist eine namentliche: 96 stimmen mit Ja, 57 mit Nein. Die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von 199 Abgeordneten ist nicht anwesend, die Sitzung wird auf Mittwoch vertagt.

— **Preussisches Abgeordnetenhause.** In der Dienstags-Sitzung wird das vom Abg. Conrad-Rieß (Str.) eingebrachte Wildschadengesetz definitiv angenommen. Landwirtschafts-Minister v. Seydewitz erklärte zu dem Entwurfe, daß er alle Einzelheiten desselben im Herrenhause nicht vertreten könne, aber darauf hinarbeiten werde, damit ein brauchbares Gesetz zustande komme. Es folgt Beratung des Antrages des Abg. Wachen-Mühlheim (Str.) auf Annahme eines Gesetzes, wonach in denjenigen preuß. Landesteilen, in welchen das Gemeinwahlrecht von einem Klassensteuerfuß abhängig gemacht wird, dies nicht von einem höheren Satze, als dem der 2. Stufe (6 M. jährlich) abhängig gemacht werden darf. Derselbe wird der Einkommensteuerkommission überwiesen. Nachdem noch einige Anträge von lokaler Bedeutung erledigt sind, vertagt sich das Haus auf Mittwoch. (Zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes.)

— **Im Reichstage** wird Donnerstag dieser Woche die zweite Lesung des Arbeiterschutzgesetzes ihren Anfang nehmen. — Die Budgetkommission des Reichstages hat den Etat der Eisenbahnverwaltung unverändert genehmigt.

— **Der Gesetz-Entwurf**, betr. die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staatsbahnenwesens ist soden dem preussischen Abgeordnetenhause zugegangen. Im § 1 wird die Verwendung von insgesamt 145 537 000 M. verlangt. Zur Herstellung von Eisenbahnen und der durch dieselbe bedingten Vermehrung des Fuhrparks der Staatsbahnen, und zwar zum Bau von 7 Eisenbahnen und zur Beschaffung von Betriebsmitteln werden 86 008 000 M., zur Anlage von neuen Eisenbahnen auf 19 Strecken 26 305 500 M., zu 15 Bauausführungen 29 424 600 M., zur Beschaffung von Betriebsmitteln für die bestehenden Staatsbahnen 53 800 600 M. gefordert.

— **(Wohlmals Waldersee.)** In einzelnen Zeitungen wird mit geheimnisträuerischen Worten angedeutet, daß Graf Waldersee wohl nicht lange auf seinem Posten als kommandierender General in Wiltona bleiben werde; es wird damit auf einen nochmaligen Rangwechsel und darauf angepielt, daß Waldersee Caprivis Nachfolger werden könne. Demgegenüber genügt es, auf den Wortlaut der kaiserlichen Ordre an Waldersee hinzuweisen, worin gesagt ist, daß der Kaiser für einen Kriegsfall den General zum Höchstkommmandierenden einer Armee ausersehen hat. Wenn General v. Waldersee einmal zur politischen Carrière übertritt, sollte würde der Monarch ganz gewiß nicht diese Worte gebraucht haben. — Waldersees Nachfolger als Chef des Generalstabes, Graf Schlieffen, hat seine Amtsgeschäfte ohne jede weitere Ceremonie übernommen. Seine Berufung ist übrigens mit auf den Rat des alten Moltke erfolgt.

— **(Deutsche und preussische Anleihe.)** Die Reichs- und die preussische Regierung werden nach der Mitte dieses Monats 2 prozentige Reichs- und preussische Anleihen im Betrage von ungefähr 450 Millionen Mark ausgeben. So melden übereinstimmend Berliner Blätter und fügen hinzu, es dürfte auf jede der beiden Finanzverwaltungen die Hälfte dieses Betrages kommen. Die Regierungen wollen sich direkt an das Publikum wenden. Die Anleihen sollen in Stückchen bis auf 150 Mark herab bei einer großen Anzahl von Zeichnungstellen aufgelegt werden, und zwar zu einem Kurse, der unter 85 Proz. bleibt, so daß die Verzinsung der Anleihe sich über 3 1/2 Proz. stellt. Es werden für die Ueberrahme von Zeichnungen außer der Seehandlung, den preussischen

Regierungshauptkassen, der Reichshauptbank, den Reichsbankstellen, Reichsbankstellen auch solche Nebenstellen der Reichsbank in Anspruch genommen werden, welche mit Kassenhaltung fungieren. Außerdem soll eine große Anzahl angelegener Banken und Bankhäuser in Berlin, in den Provinzen Preußens und in den Bundesländern, in letzteren natürlich nur für die Auflage der Reichsanleihe, herangezogen werden, um ihre Dienste der Subskription zu widmen, so daß der „Nat.-Btg.“ zufolge etwa 70 solcher Emissionstellen in Funktion treten. Es wird also dafür gesorgt, daß dem Privatkapital in allen seinen Schichtungen mögliche Bequemlichkeit in Bezug auf seine Beteiligung an der Subskription geboten wird. Wenn sich dies bestätigt, würde also die neue Anleihe dem Publikum zu sehr vorteilhaften Bedingungen angeboten werden und ihm der Nutzen eines niedrigen Emissionskurses direkt zu gute kommen. Es bedarf keines weiteren Hinweises, daß die Anleihen des Reiches und Preußens, dessen Staatsschulden durch den Staatsbesitz an Eisenbahnen, Bergwerken u. auf vollkommenste gedeckt sind, eine größere Sicherheit als jedes andere Papier, insbesondere fremde, bieten.

— **(Erhöhung des Tabakzollses.)** Eine Reihe von Abgeordneten hat zum Etat der Tabaksteuer im Reichstage den nachfolgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage möglichst noch in dieser Session eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Zollfuß für Tabakblätter, unperarbeitete und Stengel, von 85 Mark pro 100 Kilogramm auf 125 Mark zu erhöhen, und die bestehende Tabaksteuer von 45 auf 24 M. zu ermäßigen ist. — Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß dieser Antrag eine Mehrheit im Reichstage findet, da die Tabakbauer schon lange das Parlament mit bezüglichen Petitionen bombardiert haben.

— **Daß Verhandlungen** über die Ermäßigung der Wäpelpreise auf den deutschen Staatsbahnen im Umlauf sind, ist bekannt, und wie es jetzt heißt, ist es auch nicht ganz unmöglich, daß die Reform schon mit Eintritt des Sommerfahrplanes in Kraft tritt. Allzu viel Hoffnungen darf man sich freilich nicht machen, denn die Arbeit ist nicht leicht. Die Haupt Schwierigkeit beruht noch in der Verantwortung der Frage, ob in Preußen die vierte Wagenklasse beibehalten werden soll oder nicht.

— **Den Beamten der Berliner Ministerien** ist von ihren Chefs empfohlen, in der Stenographie sich zu vervollkommen. Es sind deshalb besondere Unterrichtskurse nach dem System Stolze eingerichtet.

— **Vor einigen Tagen** wurden die Berliner Polizei-Revierleiter seitens der vorgesetzten Behörde beauftragt, die Anzahl der beschäftigten Arbeiter zu ermitteln. Dies ist in der Weise festgestellt, als mit Hilfe der Hausbesitzer die mit ihren Mieten im Rückstand befindlichen Arbeiter ermittelt wurden. Das Gesamtresultat zeigt, daß die Zahl der Arbeiter, welche Miete schulden, wesentlich höher ist, als im vorigen Jahre.

— **(Wichtig!) Die Verfälschung** oder fälschliche Anfertigung eines Schul-Entschuldigungszettels, welcher angeht von den Eltern des schulpflichtigen Kindes zur Entschuldigung einer Schulveräumnis ausgestellt ist, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts in Geltungsgebiet des Preuß. allgem. Landrechts als Urkundenfälschung zu bestrafen.

— **Der „Reichsanzeiger“** erklärt eine von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht von der Ermordung eines Deutschen, namens K-äger, in Tunis für unbegründet.

— **Ein Wechsel** in der osthavelländischen Statthalterchaft ist von einzelnen Zeitungen angeündigt, der Botschafter Prinz Reuß in Wien wurde als Nachfolger Fürst Hohenlohes genannt. Letzterer denkt aber gar nicht daran, auf seinen Posten zu verzichten.

— **(Wäufesrak.)** Wie stark verschiedentlich das Aufstreuen der Wäufe im Herbst gewesen ist, geht daraus hervor, daß in dem zu den mittelgroßen Kreisen des Regierungsbezirks Hildesheim gehörenden Kreise Einde die Zahl der getödeten Wäufe auf 600 000 Stück geschätzt wird.

— **Der Landwirt** hat, wie aus dem Erfurter Kreise berichtet wird, infolge der guten Ernte und angemessener Fruchtpreise ein besseres Auskommen, als im Vorjahre. Die landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeiter haben volle Beschäftigung, erhalten hohe Löhne und brauchen keine Not zu leiden.

— **Wie aus Zambar** berichtet wird, hat Major v. Wisman auf seinem Zuge zum Klimandsharo die unruhigen Wafindistämme angegriffen und gänzlich geschlagen. Die Eingeborenen haben sich nunmehr unterworfen.

— **Namens des bergmännischen Rechtsschutzvereins** im Saargebiet hat dessen Vorsitzender, der bekannte Agitator Warten, eine Adresse an den Kaiser gerichtet, worin dem Monarchen der Dank der Arbeiter für die kaiserliche Fürsorge ausgesprochen wird.

— **Nach den Erfahrungen**, welche die Hamburger gewerblichen Arbeiter bei ihren wiederholten großen Streiks im Jahre 1890 gemacht haben, sollte man eigentlich meinen, daß selbst die gewerbmäßigen Streikagitatoren sich für dies Jahr in Ruhe bescheiden würden. Aber das Leben muß doch ganz angenehm sein und etwas einbringen, und so geht verhältnißmäßig die Wühlerei von neuem los. Viel zu geben ist darauf aber nicht, in der Streikgeschichte der letzten Jahre hat man auf beiden Seiten zu viel gelernt, als daß man in diesem Sommer von neuem versuchen sollte, mit dem Kopfe durch die Wand zu rennen. Das gilt wohl sowohl von den Maurern, wie von den Bergarbeitern in Rheinland und Westfalen. Auch fehlt es heute nicht mehr an besonnenen Männern, die im Notfall vermitteln können und werden.

— **Es wird der „Nordb. Allg. Stg.“** bestätigt, daß der Verkauf eines sehr großen Teiles von Deutsch-Südwest-Afrika an eine deutsch-englische Gesellschaft mit dem Hauptsitze in Hamburg perfekt geworden ist, und daß die neue Gesellschaft Ende voriger Woche vom Reichskanzler die Konzeption erhalten hat. Der Preis, welcher der deutschen Gesellschaft als früherer Besitzerin gezahlt worden ist, ist ziemlich beträchtlich. Nähere Einzelheiten dürften aber erst mitgeteilt werden, nachdem die neue Gesellschaft sich völlig konstituiert hat, was wohl noch einige Wochen dauern wird. Selbstverständlich ist es, daß die neue deutsch-englische Gesellschaft ebenfalls unter deutschem Schutz bleibt.

— **Eine große sozialistische Arbeiterdeputation** ist vom Könige von Belgien in Brüssel empfangen worden und hat denselben gebeten, seinen Einfluß geltend zu machen, daß in Belgien das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Einführung komme. Der König, welcher alle Arbeiter mit Handschlag beglückte hatte, erwiderte, hierüber zu entscheiden sei Sache des Parlamentes, sprach im übrigen aber den Arbeitern seine volle Sympathie aus.

— **Aus London** wird berichtet, daß das dort beschlossene Gesuch zu Gunsten der russischen Juden, welches dem Zaren direkt überhandt, aber abgelehnt war, jetzt dem britischen Auswärtigen Amt übergeben ist, welches dasselbe von neuem nach Petersburg senden soll. Der Erfolg wird derselbe sein.

— **Henry Stanley** läßt mal wieder Klänge für sich machen. Wie aus New-York gemeldet wird, beschloß Stanley, sämtliche ihm von fürstlichstem dargebrachten Geschenke, deren Wert auf 500 000 Dollars geschätzt wird, zu wohlthätigen Zwecken zu verwenden. — 500 000 Dollars sind 2 000 000 M. Und so viel soll Stanley geschenkt bekommen haben? Schwimbel!

— **Ein Neger-Auffstand** ist auf der westafrikanischen, Portugal gehörigen Insel St. Thomaz ausgebrochen. Es sind Kruppen zur Dämpfung der kleinen Bewegung abgefannt, welche dieselbe aber ohne nennenswerte Mühe unterdrückt haben.

— **Aus Paris:** Die Anstifter der Militärkrawalle in Brüssel sind auf französischen Boden entkommen. Nach den bestehenden Verträgen ist die Auslieferung unmöglich. — Bei der chilenischen Gesandtschaft in Paris ist die Meldung eingegangen, daß die Zahl der Luftkavaliere in Chile abnehme. Die Regierung hofft, die Erhebung bald niedergeschlagen zu haben.

— **Aus London:** Den Engländern steht in Centralafrika noch eine kleine Ueberraschung bevor. Bekanntlich ist durch den deutsch-englischen Kolonialvertrag das Königreich Uganda am Viktoriasee unter englischen Schutz gestellt. Der König ist aber ein ausgetragener Feind der Engländer und hat auf die Nachricht von dem Vertragsschluß alle Briten aus seinem Gebiete vertrieben. Daß es so kommen würde, hat Dr. Peters, welcher im vorigen Jahre den König besuchte, schon angedeutet. Vegetationen ist dem schwarzen Monarchen schwerlich; er verfügt über eine Armee von mindestens 20 000 Kriegeren und an Entsendung einer Expedition, welche diesen Kräften gewachsen ist, ist gar nicht zu denken.

— **Von Suahim** im Sudan wird jetzt eine ägyptische Expedition unter englischer Führung abgefannt, um die Sudan-Derwische aus Kotar, von wo sie die Umgebung beunruhigen, zu vertreiben.

— **Aus Rom:** Der neue italienische Ministerpräsident Rudini hat ein Rundschreiben verfaßt, in welchem er erklärt, daß das Programm des neuen Kabinetts in der Fortsetzung und in der Erhaltung der bisherigen Friedenspolitik bestehe.